

In der Hofburg „wahrte“ der Nationalratspräsident „die Rechte des Parlaments“

■ INTERVIEW

Khol bei Klestil: Nicht eingreifen

Die Pensionsreform wird am 4. Juni beschlossen. Davon geht Nationalratspräsident Andreas Khol aus.

VON ANDREAS SCHWARZ

Die Presse: Wie war's am Runden Tisch allein mit dem Bundespräsidenten?

Andreas Khol: Wir haben nicht über den Runden Tisch geredet. Ich war bei ihm als Nationalratspräsident, um die Rechte des Hauses zu wahren. Denn ich war schon eigenartig berührt, dass der Herr Bundespräsident öffentlich erklärt hat, man möge eine im Parlament liegende Gesetzesvorlage auf den Herbst zurückstellen.

Hat er das akzeptiert?

Ich habe ihm erläutert, und er war sich dessen nicht bewusst, dass wir 1996 eine ganz ähnliche Vorgangsweise hatten: Das Strukturangepassungsgesetz zum Doppelbudget 96/97 war damals umfangreicher als das derzeitige Budgetbegleitgesetz; es waren ebenso gewichtige Maßnahmen drinnen, es war das umfangreichste Sparpaket in der Geschichte der Republik; und es hat Heide Schmidt mit Kritik an der raschen Beschlussfassung den Bundespräsidenten befasst. Damals hat er sich lediglich bei den Klubs informiert, ob es eine ordentliche Beratung gibt, aber er hat keine Empfehlung an den Gesetzgeber ausgesprochen. Der damalige Nationalratspräsident Fischer hat die Vorgangsweise der beiden Regierungsparteien als geschäftsordnungsmäßig und völlig korrekt bezeichnet, Kritik zurückgewiesen.

Ich habe den Bundespräsidenten darauf hingewiesen, dass die Geschäftsordnung eingehalten wird, dass die Vorgangsweise eine durchaus übliche ist, und dass, sobald eine Regierungsvorlage bei uns im Haus ist, es Angelegenheit des Nationalrats ist, sie zu bearbeiten. Es war ein sehr freundliches und nettes Gespräch.

Und Thomas Klestil hat daraufhin gesagt: Stimmt eigentlich, ich sage den Runden Tisch ab?

Khol: Vom Runden Tisch haben wir nicht geredet. Ich kann als Nationalratspräsident nicht akzeptieren, dass andere Staatsorgane, wer

immer das ist, außerhalb des Parlaments sich in die Gesetzgebung einschalten. Klestil meinte, dass er sich dessen bewusst sei und diesbezüglich keiner Information bedurfte.

„Ich kann als Nationalratspräsident nicht akzeptieren, dass andere Staatsorgane, wer immer das ist, außerhalb des Parlaments sich in die Gesetzgebung einschalten.“

Wird die Pensionsreform, Runder Tisch hin oder her, also am 4. Juni beschlossen?

Khol: Der Ausschuss gestaltet den Fahrplan. Ich hatte einen Kompromissvorschlag für ausführliche Ausschussberatungen der letzten Präsidialkonferenz vorgelegt. Nachdem es keine Einigung gegeben hat, liegt es nunmehr in der Hand des Ausschusses, die Dinge ordentlich zu gestalten. 14 Tage wird das Doppelbudget beraten und das Begleitgesetz, und alles deutet darauf hin, dass beides am 4. Juni dem Nationalrat zugeleitet sein wird.

Also definitiv keine Verschiebung auf Herbst?

Khol: Was wäre im September anders als heute? Nichts. Die Experten der Sozialpartner haben sich in der Pensionsreformkommission auf einen Bericht geeinigt, der heute als Gesetzesentwurf vorliegt. Zwei der vier Sozialpartner, Gewerkschaft und Arbeiterkammer, haben dann gegen den Entwurf opponiert.

Die Opposition sagt, der Gesetzesentwurf entspricht eben nicht dem Bericht der Pensionreformkommission.

Khol: Die Experten, etwa Bernd Märin, sagen, mit den Nachbesserungen der Regierungsvorlage entspricht der Entwurf dem was in der Expertenkommission vorgeschlagen wurde. Also: Der Gesetzesentwurf liegt vor, der SPÖ-Entwurf liegt vor (und der entspricht auch in manchem dem Reformkommissionsbericht), der ÖGB hat keinen Entwurf – also was soll der September bringen, außer das im September zwei Landtagswahlen sind, und dann im Oktober der ÖGB-Bundeskongress.

Es gäbe die Möglichkeit, der Gewerkschaft bis Ende Juni Zeit zu geben, ein Konzept vorzulegen und das in die Diskussionen bis 30. September noch einzubeziehen.

Khol: Seit 1993 ist jede Pensionsreform in ihrer Notwendigkeit erkannt worden, und dann wurden die Konsequenzen nicht gesetzt, weil der Gewerkschaftsbund gesagt hat: Das geht nicht, das geht nicht, das

geht nicht. Außerdem brauchen wir die Beschlussfassung jetzt ja auch wegen des Vertrauensschutzes, für den wir das Inkrafttreten schon einmal ein halbes Jahr nach hinten verlegt haben.

Haben Sie damit gerechnet, dass Jörg Haider die Regierung so rasch ins Schleudern bringt, und bereuen Sie es schon, noch einmal eine Ehe mit der FPÖ eingegangen zu sein?

Khol: Das wird man erst in den kommenden Wochen oder Monaten beurteilen können. Ich war mir immer bewusst, dass das schwierigste Stück Arbeit dieser Regierung die Pensionsreform wird und dass es von allen Seiten Diskussionsbedarf und Profilierungsversuche geben wird ...

Aber dass ausgerechnet der Koalitionspartner auf den Runden Tisch und die Verschiebung drängt, wo man sich in der Regierung auf den 4. Juni geeinigt hat ...

Khol: Es hat schon früher Runde Tische beim Bundespräsidenten gegeben. Ich habe aus einer Diskussion im Fernsehen gelernt, dass der Gedanke für den Runden Tisch in der Redaktion der Kronen Zeitung geboren wurde – damit ist eigentlich alles gesagt.

„Er hat gemeint, er ist sich dessen bewusst und dass er diesbezüglich keiner Information bedurfte.“

Aber die FPÖ verfolgt im Moment einen anderen Kurs als die ÖVP.

Khol: Das wird man erst beurteilen können, wenn die Ausschussberatungen fertig sind und der 4. Juni da ist.

Fürchten Sie, dass die FPÖ Gesetz und Regierung kippt?

Khol: Der 4. Juni wird sicher ein spannender Tag sein. Eigentlich gehe ich davon aus, dass alles hält. Ich weiß, dass es am Freitag in der Abgeordnetenklauseur der FPÖ einen einstimmigen Beschluss aller Abgeordneten und Bundesräte gab, an diesem Termin (mit bestimmten Änderungswünschen) festzuhalten.



Hält seine Hand schützend über die Institution Parlament: Präsident Khol. (Foto: ap)